

Postwachstumsgesellschaft statt Wachstumsfixierung

BUND versteht zukunftsfähige Wirtschaftspolitik als Nachhaltigkeitspolitik

Stand: 11. Juni 2013

Das Ergebnis der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ bleibt hinter den Erwartungen zurück und wird dem dringenden Handlungsbedarf nicht gerecht. Der notwendige Perspektivwechsel in der Debatte um Wirtschaftswachstum wird nicht vollzogen. Wohlstand und Lebensqualität auch für zukünftige Generationen wird nur möglich sein, wenn Nachhaltige Entwicklung und die Beachtung der ökologischen Grenzen unseres Planeten zur Grundlage aller Überlegungen über Wirtschaftswachstum gemacht werden.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) fordert daher, politische Rahmenbedingungen für eine Postwachstumsgesellschaft zu schaffen. Aufgabe der Enquete wäre es gewesen, Optionen dafür aufzuzeigen, damit sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft von der Wachstumsfixierung lösen können. Wie Wachstumspolitik durch Nachhaltigkeitspolitik abgelöst werden könnte, zeigt die Enquete nicht. Aus Sicht des BUND erfordert eine wirksame Nachhaltigkeitspolitik die Konkretisierung und konsequente Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsziele und der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Neben der Veränderung der politischen Rahmenbedingungen (von der Öko-Steuerreform über Subventionsabbau bis zu Werbeverböten) gehört dazu auch die Unterstützung der vielen innovativen Ansätze zu sozialer Innovation. Die Pioniere des Wandels beweisen mit tausenden von Projekten, dass eine Postwachstumsgesellschaft möglich und lebenswert ist. Sie zeigen in genossenschaftlichen Unternehmen, in urbanen Gärten, in offenen Werkstätten und solidarischen Produktionsprozessen, wie Orte des „Nicht-mehr-wachsen-müssens“ aussehen können. Es geht nun um das Up-scaling in Unternehmen und Behörden. Die Verantwortung der Politik liegt darin, strukturelle Hemmnisse zu beseitigen, Rechtssicherheit zu schaffen, Förder- und Beschaffungsrichtlinien zu ändern und konkrete Förderprogramme für die Promotoren des Wandels zu schaffen.

Das erwartet der BUND von der neuen Bundesregierung als Beitrag zu nachhaltiger, wachstumsneutraler Entwicklung:

- Reform des Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (StWG) mit dem Oberziel „Nachhaltige Entwicklung“ und Streichung des Wachstumsziels
- Streichung aller ökologisch schädlichen Subventionen
- Konsequente Weiterentwicklung der Ökologischen Steuerreform im Energiesektor und ihre Erweiterung auf Ressourcen
- Förderung von Infrastruktur-Investitionen, die Grundlagen für eine Postwachstumsökonomie legen (in Schlüsselbereichen wie Energie, Mobilität, Wohnung, Ernährung).

Seit 2010 bringt der BUND die Perspektive einer Postwachstumsgesellschaft in die politische und gesellschaftliche Diskussion ein, um eine lebenswerte Gegenwart und Zukunft zu sichern, die insbesondere die ökologischen Grenzen des Planeten nicht überschreitet. In der Diskussion um die Postwachstumsgesellschaft werden Optionen entwickelt, durch die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sich von ihrer gegenwärtigen Wachstumsfixierung befreien können. Eine Politik, die kontinuierliches Wachstum des realen BIP anstrebt, ist permanent auf Kollisionskurs mit den ökologischen Grenzen. Effizienz-Revolution und Entkoppelung entschärfen dieses Problem. Nachhaltigkeitspolitik,

die sich allein darauf verlassen wollte, würde aber die Dimension des Transformationsbedarfs unterschätzen. Daher müssen Entwicklungsmuster diskutiert werden, die das vorherrschende Wachstumsparadigma ablösen können.

Die Arbeit der Enquete-Kommission hat gezeigt:

1. dass das Ausmaß der Unterschiedlichkeit der Standpunkte politischer, wissenschaftlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Akteure hohe Herausforderungen an alle beteiligten Akteure stellt. Reichweite und Komplexität der Transformation hin zu Nachhaltiger Entwicklung ohne Wachstumsfixierung werden vielfach unterschätzt und die Idee einer Postwachstumsgesellschaft löst erhebliche Kontroversen aus. Eine Postwachstumsgesellschaft ist eine Querschnittsaufgabe aller politischer Gremien und Institutionen.
2. dass inzwischen eine Vielzahl von gesellschaftlichen Akteuren (Gewerkschaften, Kirchen, Unternehmen, Hochschulen etc.) aus unterschiedlichen Perspektiven an der Diskussion um eine Postwachstumsgesellschaft interessiert sind – insbesondere als Reaktion auf Finanzmarkt- und Euro-Krise(n).
3. dass die Konkretisierung nachhaltiger Entwicklung weiterhin kontrovers ist. Das zeigt sich vor allem, wenn es um die Messung geht. Welche Indikatoren eignen sich, um zukunftsreichen Wohlstand und „gutes Leben“ zu erfassen? Die Antwort der Enquete kann auch in diesem Punkt nicht überzeugen. Hier ist weitere Forschung notwendig und (finanzielle und personelle) Unterstützung für die Arbeit der amtlichen Statistik, insbesondere zur umfassenden Erfassung der Vermögensbestände (Natur-, Human-, Sozialkapital). Rationale Politik braucht Indikatoren. Sie geben das notwendige ‚feedback‘ an Gesellschaft, Politik und Wirtschaft, ob der Wandel über Rhetorik hinauskommt und tatsächlich – in der angestrebten Richtung und Geschwindigkeit – stattfindet.

Die Enquete-Kommission ist Teil einer weitaus größeren gesellschaftlichen Debatte in Deutschland und weltweit. Die Wachstumsfrage wird mittlerweile in der 3. Generation gestellt. Nach Meadows' „Grenzen des Wachstums“ von 1972 und der Rio-Deklaration von 1992 haben vor allem zivilgesellschaftliche Vertreter_innen in immer mehr Ländern rund um den Globus eine beeindruckend konstruktive Debatte entfacht. Umweltverbände, Forschungsinstitute und ein wachsender Anteil der Bevölkerung äußern Zweifel an unbegrenztem wirtschaftlichem Wachstum auf Kosten der ökologischen und sozialen Substanz und eine Vielzahl von Unternehmer_innen, Netzwerker_innen, Wissenschaftler_innen, Aktivist_innen und Bürger_innen haben im Konkreten angefangen, eine Postwachstumsgesellschaft umzusetzen.

Im Herbst 2014 wird in Deutschland die 4. internationale Postwachstumskonferenz stattfinden. Sie ist der Meilenstein, an dem sich alle Akteure dieser Debatte messen lassen. Obwohl Deutschland aufgrund seines immensen ökologischen Fußabdrucks in der Verantwortung für einen Richtungswechsel ist, scheint eine Postwachstumsgesellschaft bislang außer Reichweite. Die Degrowth-Konferenz kann ein Schritt zum Richtungswechsel sein.

Mehr dazu u. a. unter

BUND Diskussionspapier „Wirtschaftswachstum oder nachhaltige Entwicklung?“

http://www.bund.net/ueber_uns/arbeitskreise/wirtschaft_und_finanzen/

Kontakt und weitere Informationen:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND)

Arbeitskreis Wirtschaft und Finanzen

Anja Humburg

anja.humburg@bund.net